

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu
§ 1 Abs. 1 BBPlG ("Ultraset")
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt
Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz**

Register 22

Denkmalschutzrechtliche Belange

Auftraggeber

**Amprion GmbH
Dortmund**

Juni 2024

Vorhabenträgerin:

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ansprechpartnerin:

Susanne Ende
Netzprojekte
Gleichstrom-Netzprojekte Ultramet
Info-Hotline: 0800 – 5895 2473
E-Mail: ultranet@amprion.net

Gutachterbüro:

Institut für Landschaftsentwicklung
und Stadtplanung (ILS Essen GmbH)
Frankenstr. 332
45133 Essen

Bearbeitung:

M. Sc. Landschaftswissenschaften Annika Bast
Dipl.-Umweltwiss. Judith Schonnefeld

Aus Gründen der Vertraulichkeit ist der Inhalt des Registers 22 nicht Bestandteil der im Rahmen des Anhörungsverfahrens öffentlich einsehbaren Planunterlagen.

Innerhalb des hier verfahrensgegenständlichen Abschnitts „Landesgrenze NRW / RLP – Pkt. Koblenz“ sind durch das geplante Vorhaben in Folge von bau- bzw. anlagebedingter Flächeninanspruchnahme keine obertägige Bau- und Kunstdenkmäler („Baudenkmäler“) betroffen. Schwerwiegende Beeinträchtigungen der Raumwirkungen von denkmalgeschützten Objekten können ebenfalls ausgeschlossen werden. Auch Grabungsschutzgebiete sind nicht betroffen (vgl. Register 17, dortiges Kapitel 5.8.7). Von bau- bzw. anlagebedingter Flächeninanspruchnahme betroffen sind potenziell ausschließlich archäologische Konfliktbereiche sogenannte „Konfliktbereiche Archäologie“ im Sinne von „Bodendenkmälern“.

Im Rahmen der Datenabfrage zur Erstellung der Unterlagen gem. § 21 NABEG hat die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz – Direktion Landesarchäologie der Vorhabenträgerin mitgeteilt, dass durch das geplante Vorhaben keine Beeinträchtigungen von archäologischen Fundstellen zu erwarten seien.

Um der Planfeststellungsbehörde eine Einschätzung der möglichen Auswirkungen durch das Vorhaben zu ermöglichen, wurde von der Vorhabenträgerin um Übermittlung von Daten zur Darstellung in den Unterlagen gebeten. Die daraufhin zur Verfügung gestellten Daten enthielten eine Verortung archäologischer Konfliktbereiche ohne weitere Informationen. Seitens der GDKE wurden die Daten zur Abwendung drohender Gefahren für die Denkmäler nur unter der Auflage übermittelt, alle Daten vertraulich zu behandeln.

Zur Prüfung, ob eine Beeinträchtigung von archäologischen Fundstellen durch das Vorhaben ausgeschlossen werden kann, wurde von der Vorhabenträgerin auf Grundlage dieser Daten eine Unterlage zu den archäologischen Konfliktbereichen erstellt.

Zusammenfassend ergaben sich folgende Ergebnisse:

- Eine Zerstörung (durch Bodenaushub oder Fundamentverstärkungen) oder Schädigung (durch Bodenverdichtung) von Konfliktbereichen Archäologie kann potenziell durch bau- und anlagebedingte Flächeninanspruchnahme erfolgen. Eine Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes durch die Errichtung baulicher Anlagen in dessen Nähe spielt bei archäologischen Konfliktbereichen keine Rolle, da diese oberirdisch in der Regel nicht in Erscheinung treten.
- Insgesamt sind acht Konfliktbereiche Archäologie potenziell baubedingt durch temporäre Zuwegungen und Arbeitsflächen vom Vorhaben betroffen.
- Mögliche Beeinträchtigungen von Konfliktbereichen Archäologie können durch die **Vermeidungs-/Minderungsmaßnahmen** V07 „Bodenkundliche Baubegleitung“ und V08 „Schutz vor Bodenverdichtung“ verhindert werden. Beschädigungen von Bodendenkmälern durch Erdanker während der Arbeiten werden durch die Nutzung von Auflastgewichten verhindert (Maßnahme V13 „Schutz der archäologischen Substanz“).

- Die Beschreibung bzw. Darstellung der Vermeidungs-/Minderungsmaßnahmen erfolgt in Maßnahmenblättern (Register 18 Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anhang B) sowie in Maßnahmenkarten (Register 18, Karte 1). In der Fassung der öffentlich einsehbaren Antragsunterlagen werden die Maßnahmenblätter/-karten ausnahmsweise ohne konkrete Verortung erstellt. Die abstrakt beschriebenen Vermeidungs-/Minderungsmaßnahmen beschränken sich grundsätzlich auf die in den Antragsunterlagen dargestellten Zuwegungen bzw. Arbeitsflächen. Andere Betroffenheiten ergeben sich nicht.
- Eine Betrachtung des Schutzgutes „Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter“ erfolgt ebenfalls im UVP-Bericht (Register 17).

Aus Gründen der Vertraulichkeit ist der Inhalt des Registers 22 nicht Bestandteil der im Rahmen des Anhörungsverfahrens öffentlich einsehbaren Planunterlagen.

Die vollständige Unterlage befindet sich zur Prüfung bei der Planfeststellungsbehörde und wird den zuständigen Fachbehörden unter Vertraulichkeitshinweis gesondert übermittelt, sodass die Berücksichtigung denkmalschutzrechtlicher Belange auch im Hinblick auf archäologische Fundstellen in dem Planfeststellungsverfahren sichergestellt ist.

Die im Übrigen im Rahmen der Datenabfrage erhaltenen Informationen zu Baudenkmälern und Grabungsschutzgebieten unterliegen nicht der Geheimhaltung. Die Auswirkungen des Vorhabens auf diese werden in Register 17, Kapitel 5.8 beschrieben und bewertet.